

GRUSSWORT

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

der Frühling naht und ich hoffe, Sie haben schöne Ostertage verlebt, in denen die für uns so wichtige, froh machende Osterbotschaft von der Auferstehung Jesus Christus Platz hatte.

Gerade in diesen Zeiten, die von Gewalt und Terror geprägt sind, geben uns unsere Überzeugungen und die christlichen Grundsätze Orientierung. Verantwortung übernehmen – das ist uns bleibt der Anspruch der CDU. Und das gilt gerade auch in der aktuellen Flüchtlingspolitik. Unser Ziel ist es dabei, die Zahl der in Deutschland Schutz suchenden Menschen spürbar und dauerhaft zu reduzieren und die Asylverfahren insgesamt deutlich zu beschleunigen. Dass die hier ergriffenen Maßnahmen inzwischen wirken, zeigen die aktuell zurückgehenden Flüchtlingszahlen und die deutlich erhöhte Zahl der Rückführungen von Menschen ohne Bleibeperspektive. Diejenigen aber, die bei uns ein Bleiberecht bekommen, gilt es zu integrieren. Das geschieht am Besten dadurch, dass die Men-

schen unsere Sprache erlernen, arbeiten können und über eine Beschäftigung in die Gesellschaft hineinwachsen. Das alles setzt einen großen Kraftakt voraus und wir können uns in Aachen glücklich schätzen, dass es hier nach wie vor eine riesige Hilfsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung gibt. Bisher mussten die Menschen untergebracht werden, jetzt gilt es, den nächsten Schritt der Integration zu gehen. Aber auch hier werden wir dank des großen Herzens der Aachener und dank der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Verbänden, Verwaltung und Politik erfolgreich sein.

Lassen Sie uns unsere Stadt gemeinsam auf Erfolgskurs halten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gute Zeit und grüße Sie herzlich

Ulla Thönnissen

Ihre Ulla Thönnissen MdL



THEMEN

EUROPA

- » Christdemokraten fordern Stilllegung von Tihange

FRAKTION

- » Nächster Schritt - Integration in Aachen leben

LAND

- » Aktuelles aus dem Landtag

BUND

- » Bundesverkehrswegeplan 2030: Drittes Gleis nicht berücksichtigt

EUROPA

Christdemokraten fordern Stilllegung von Tihange

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit großer Mehrheit haben sich die christdemokratischen Parteien in der Euregio Maas-Rhein auf dem EVP-Kongress „Tihange – Time to react“ am 25. Februar 2016 für die Stilllegung der Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 ausgesprochen. Damit haben wir Christdemokraten in der Euregio ein klares Signal gesendet.

Rund 150 Teilnehmer waren meiner Einladung und der meines belgischen Kollegen Pascal Arimont MdEP nach Eynatten gefolgt. Mit dem Ziel, über mögliche Gefahren der Atomkraftwerke zu informieren, wurden neun Experten angehört, darunter der Generaldirektor der belgischen Atomaufsichtsbehörde FANC Jan Bens, Atomkraftwerk-Betreiber Electrabel, vertreten durch Arnaud Meert, Professor für Reaktorsicherheit Hans-Josef Allelein und Leiter der Berufsfeuerwehr Aachen Jürgen Wolff.

Auf die sachliche Diskussion der Experten folgten Fragen der Parteimitglieder aus dem Publikum. Dabei gelang es allerdings nicht, alle Zweifel bezüglich der Sicherheit der Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 auszuräumen.

Ich halte es für unverantwortlich, die Reaktoren weiter zu betreiben, solange nicht alle Sicherheitsfragen eindeutig geklärt sind und wir nach wie vor von einem Restrisiko ausgehen müssen. Eine Stilllegung der Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 ist in meinen Augen unabdingbar. Umso mehr freut es mich, dass sich eine große Mehrheit der Mitglieder in einem Grundsatzbeschluss gegen den

Weiterbetrieb der Reaktoren aussprach.

Neben der Stilllegung fordern wir auch die Erarbeitung eines grenzüberschreitenden Notfallplans. Ein solcher Notfallplan soll sich insbesondere auf die Gefahr nuklearer Unfälle konzentrieren und die Bevölkerung hinsichtlich seiner Umsetzung mit einbeziehen.

Die Gesundheit der Bürger muss geschützt werden. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass umfassende Vorbeuge- und Sofortmaßnahmen entwickelt werden.

Auf EU-Ebene werde ich mich auch weiterhin für einheitliche und verbindliche Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke sowie für die Schaffung einer europäischen Aufsichtsbehörde für Nuklearsicherheit stark machen.

S. Verheyen

Ihre Europaabgeordnete Sabine Verheyen



Nächster Schritt - Integration in Aachen leben

Antragspaket zur Integration von Flüchtlingen vorgestellt

Ulla Thönnissen und Holger Brantin haben für die CDU-Fraktion das Antragspaket zur Integration von Flüchtlingen der großen Koalition vorgestellt. Ziel der Anträge ist ein umfassender Integrationsplan von konkreten Maßnahmen in den Bereichen Betreuung, Sprache, Beschäftigung und Wohnraum. Nachdem die meisten Hilfebedürftigen in Aachen mittlerweile erfolgreich untergebracht wurden, sollen sie nun aktiv in die Stadtgesellschaft integriert werden.

Sprache ist die Grundlage der Integration

„Der Fokus muss auf der Integration liegen und Sprache ist die Grundlage der Integration. Sie verbindet und schafft Akzeptanz“, erklärte Holger Brantin, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion, die Absicht der Anträge. Die Verwaltung soll in die Lage versetzt werden, die Möglichkeiten zum Erwerb der deutschen Sprache zu erhöhen. Neben den Themen Betreuung, Sprache, und Wohnraum soll auch das Thema Beschäftigung durch die Anträge

weiter entwickelt werden.

Beschäftigung schafft Selbstvertrauen

Ulla Thönnissen MdL betonte bei der Pressevorstellung in der Nadelfabrik, wie wichtig es ist, besonders „den jungen Menschen eine Perspektive zu bieten, in dem sie schnellstmöglich eine sinnvolle Beschäftigung finden. Beschäftigung schafft Selbstvertrauen und Anerkennung und stellt die Brücke zu einem normalen Leben nach der Flucht dar“.

Einrichtung eines „Integration Point“

Bereits im November 2015 hatte die CDU-Fraktion zusammen mit der SPD einen Antrag zur Einrichtung eines „Integration Point“ gestellt. Dieser ist bereits seit Februar in Aktion und hilft Flüchtlingen sich zu qualifizieren, ihre Berufsqualifikationen festzustellen und sich auf dem Arbeitsmarkt zu orientieren. Der nächste Schritt zur Integration der Hilfebedürftigen in Aachen wurde so durch das Antragspaket auf den Weg gebracht.

Aktuelles aus dem Landtag

Landesregierung muss unserer Polizei beim Kampf für mehr Sicherheit den Rücken stärken

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) stellt der Landesregierung ein vernichtendes Zeugnis aus. Die Zahl der Wohnungseinbrüche und der Taschendiebstähle sind auf den höchsten Wert seit Beginn der Erfassung gestiegen. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote bei Straftaten in Nordrhein-Westfalen die niedrigste aller deutschen Flächenländer. Damit das nicht so bleibt, muss die Landesregierung endlich Prioritäten setzen: Statt PR-Aktionen wie den Blitzermarathon brauchen wir eine Schwerpunktsetzung in der Personalstruktur und die notwendige Spezialisierung in der Polizeiausbildung. Zudem muss die Landesregierung unserer Polizei neue Ermittlungsinstrumente an die Hand geben. Angesichts der furchtbaren Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof, angesichts der vielen Wohnungseinbrüche aber auch angesichts der immer größer werdenden Terrorgefahr brauchen wir jetzt die Voraussetzungen für die Einführung der Schleierfahndung, den Einsatz von Body-Cams und mehr Videoüberwachung an Plätzen mit kriminalitätsbegünstigenden Faktoren. Investitionen in die richtige Ausbildung und in die notwendige Ausrüstung sind auch Ausdruck von Wertschätzung und Respekt gegenüber unseren Polizistinnen und Polizisten. Wir können stolz auf unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen sein, die sich im Angesicht dieser steigenden Kriminalität jeden Tag aufs Neue hochmotiviert für unsere Bürger einsetzen. Die Landesregierung darf die Polizei bei ihrem Kampf für mehr Sicherheit nicht länger im Stich lassen.

Rot-Grün fehlt Mut zu klarer Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik

92% der Unternehmen im Land beklagen Mehrbelastungen durch das Tariftreue- und Vergabegesetz. Die Folge: Für viele Kommunen im Land ist es schwerer geworden, Bieter in Vergabeverfahren zu finden. Immer mehr Unternehmen ziehen sich von öffentlichen Ausschreibungen zurück.

Die von Minister Duin angekündigte Novelle wird die Situation nicht verbessern. Sie bringt keine nennenswerte Entlastung für die Unternehmen. So muss auch zukünftig jedes Unternehmen, das sich um einen öffentlichen Auftrag bewirbt, vor der Vergabe alle Nachweise einholen, damit es im Falle des Zuschlags auch alle Unterlagen vorlegen kann. Das Bestbieter-Prinzip ist nur eine Scheinentlastung. Statt eines kleinen Reformchens braucht Nordrhein-Westfalen endlich die Abschaffung dieses Bürokratiemonsters. Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist das Gesetz überflüssig geworden. Laut Landesregierung sehen zudem drei von vier Vergabestellen im Land keine Verbesserung von Umweltschutz und Energieeffizienz oder eine Verbesserung sozialer Aspekte im Rahmen öffentlicher Aufträge. Das Gesetz ist nicht geeignet, seine Ziele zu erreichen und Nordrhein-Westfalen braucht dringend Entbürokratisierung und eine klare Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik. Seit 1991 wächst die nordrhein-westfälische Wirtschaft im Vergleich zu den westdeutschen Ländern unterdurchschnittlich und wichtige Infrastrukturmaßnahmen werden nicht durchgeführt. Dem Land gehen hierdurch jährlich 3 Mrd. Euro Steuereinnahmen verloren. Wir brauchen Wachstumsimpulse, keine Wachstumsbremsen! Hierzu war und ist die rot-grüne Landesregierung ganz offensichtlich nicht in der Lage.

(Ulla Thönnissen MdL)



Parlamentarischer Abend „FeuerWEHRENSache“. Ulla Thönnissen freute sich über den Besuch von Franz-Josef Kogel und Kollegen der Feuerwehr Aachen.

» Aachen-West

21.04. | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Ratsfrau Claudia Plum, Begegnungszentrum Hanbruch

» Burtscheid

05.04. | 18:30 Uhr

Politisches Gespräch, Gaststätte „Kapellchen“, Malmedyer Straße

» Brand

27.04. | 17:30 - 19:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeister Peter Tillmanns, Bezirksamt, Paul-Küpper-Platz 1, Raum 21

» Forst

26.04. | 19:30 Uhr

Offene Bürgersprechstunde und Vorstandssitzung, „Haus Kommer“, Forster Linde 55

» Hangeweiher

22.04. | 18:00 Uhr

Besuch des Europabüros Sabine Verheyen. Anmeldung per E-Mail an info@cdu-aachen.de erbeten Europabüro, Monheimsallee 37

» Laurensberg

04.04. | 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Ratsherr Alexander Gilson im Bezirksamt, Rathausstraße

05.04. | 20:00 Uhr

Laurensberger Runde in der Gaststätte „Zur Post“, Rathausstraße 2

» Stadtgarten

07.04. | 18:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit BM Dr. Margrethe Schmeer, Städteregionstagsmitglied Jutta Lehnen und Andrea Derichs (BV Aachen Mitte, Restaurant „Soers“, Krefelder Str. 86

» Steinebrück

07.04. | 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung im Restaurant „Am Chorusberg“, Eupener Straße 194

22.04. | 18:00 Uhr

Besuch des Europabüros Sabine Verheyen. Anmeldung per E-Mail an info@cdu-aachen.de erbeten Europabüro, Monheimsallee 37

» Vaalserquartier

Nach Terminvereinbarung

Sprechstunde mit Ratsherrn Christian Krenkel und Städteregionstagsmitglied Sebastian Exner.

Telefonisch erreichbar:

“Bürgertelefon - der heiße Draht zur CDU Vaalserquartier“, Tel: 0241 89439792

» Frauen Union

05.04. | 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung im Karl-Arnold-Haus, Martinstraße 8. Um Anmeldung wird per E-Mail an office@home-ac.de oder telefonisch unter 0241 189 88 45 gebeten.

» Junge Union

07.04. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung und ab 20:00 Uhr Stammtisch in der Gaststätte „Papillon“, Pontstraße 151

» CDA

12.04. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung im Restaurant „Haus Kattwinkel“, Zehnthofweg 29

29.04. | 19:00 Uhr

„Flüchtlinge und deren Integration“ Veranstaltung mit Serap Güler MdL im Restaurant „Pizza & Pasta“, Adenauerstraße 18, 52146 Würselen

» MIT

27.04. | 19:00 Uhr

„Verliert Nordrhein-Westfalen den Anschluss!? Desolate Infrastruktur in allen Bereichen“ - Veranstaltung der MIT mit unter anderem Armin Laschet MdL. Gaststätte „Albatros“, Am Flugplatz Merzbrück 202, 52146 Würselen. Anmeldung unbedingt erforderlich per Fax an 0241 / 47071-15 oder per E-Mail an info@cdu-aachen.de. Anmeldefrist bis zum 20. April 2016.

» Kreispartei

08.04. | 18:00 Uhr

Erweiterter Kreisvorstand, Karl-Arnold-Haus, Martinstraße 8

Angabe von Terminen bis zum 15.04.2016 per E-Mail an redaktion@cdu-aachen.de

Bundesverkehrswegeplan 2030: Drittes Gleis nicht berücksichtigt

Ein vollständiges drittes Gleis ist im ersten Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans leider nicht enthalten. Aachen geht dennoch nicht leer aus. Im Bereich Straße wird die sechsspurige Fahrbahnerweiterung der A4 vom Abschnitt Aachen-Laurensberg bis zum Autobahnkreuz Aachen im weiteren Bedarf aufgeführt. Im Bereich Schiene ist die Maßnahme Abschnitt Köln – Aachen im sogenannten potentiellen Bedarf aufgeführt, die in den weiteren oder vordringlichen Bedarf aufsteigen kann. Die Projektdefinition ist noch nicht abgeschlossen, umfasst voraussichtlich Überholgleise im Bahnhof Aachen-Rothe Erde und beinhaltet eine Geschwindigkeitserhöhung auf der Strecke zwischen Aachen und Düren.

Geschwindigkeitserhöhung möglich

Dies bedeutet, dass der wichtigste Effekt des dritten Gleises, eine Geschwindigkeitserhöhung auf der Strecke Aachen - Düren, prinzipiell möglich und erreichbar ist. Dies ist, wie ich finde, eine positive Nachricht.

Bereits seit vielen Jahren setze ich mich mit den regionalen CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Rachel und Helmut Brandt für den Bau eines dritten Bahngleises zwischen Aachen und Düren ein. 2015 konnte schließlich erreicht werden, dass der Ausbau des dritten Gleises erstmalig in die Liste zur Prüfung der Vorschläge für den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurde.

Wichtigstes Steuerungsinstrument

Der neue Bundesverkehrswegeplan, der bis 2030 gelten wird, ist das wichtigste Steuerungsinstrument für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen und umfasst Aus- und Neubauprojekte in den Bereichen Bundesfernstraßen, Bundesschienenwege und Bundeswasserstraßen. Die rund 2.000 eingereichten Vorschläge wurden einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und mussten auch einer strategischen Umweltprüfung standhalten.

Am 16. März 2016 wurde der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, gemeinsam mit dem Umweltbericht in einer Sondersitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgestellt. Es gilt das Prinzip Erhalt vor Neubau, über zwei Drittel der Mittel fließen somit in den Erhalt bestehender Infrastruktur. Das Gesamtvolumen des Bundesverkehrswegeplans beträgt rund 264,5 Mrd. Euro. Für den Neu- und Ausbau von Straßen stehen mehr als 67 Mrd. Euro zur Verfügung, Nordrhein-Westfalen erhält davon stolze 12,95 Mrd. Euro (19,2 %).

Nutzen für unsere Region deutlich machen

Natürlich bin ich enttäuscht, dass das dritte Gleis als solches nicht berücksichtigt wird. Doch nun gilt es, eine technische Umsetzung für die Geschwindigkeitserhöhung zwischen Aachen und Düren aufzuzeigen und zahlreiche fundierte Stellungnahmen einzureichen, damit das Vorhaben in den weiteren oder vordringlichen Bedarf aufsteigt. Hierfür müssen wir an einem Strang ziehen und gemeinsam mit allen relevanten Akteuren den Nutzen für unsere Region weiter mit aller Kraft deutlich machen.

Beteiligung über Onlineportal

Da die strategische Umweltprüfung erstmalig eine Öffentlichkeitsbeteiligung des Bundesverkehrswegeplans vorsieht, haben Sie vom 21. März bis zum 2. Mai 2016 die Möglichkeit, über ein Onlineportal Ihre Meinung zu den Bewertungsergebnissen einfließen zu lassen. Darüber hinaus werden alle Ergebnisse der Projektbewertungen in einem Projektinformationssystem (PRINS) im Internet einsehbar sein. Zudem liegen die Dokumente bundesweit in 20 Städten aus, in Nordrhein-Westfalen bei der Bezirksregierung Düsseldorf und Münster.

Ich werbe daher dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaftsverbände, Handelskammern, Initiativen und Verbände unserer Region intensiv von der Öffentlichkeitsbeteiligung Gebrauch machen. Gerne können Sie sich bei Rückfragen an mein Berliner Büro oder alternativ an das Wahlkreisbüro wenden.

(Rudolf Henke MdB)



Rudolf Henke beim Arbeitskreis Senioren der Brander CDU: Er berichtet u.a. über Flüchtlingspolitik, den Bundesverkehrswegeplan sowie Tihange und Doel

IMPRESSUM

CDU **Kompakt**
AACHEN

CDU-Kompakt ist die parteiinterne Mitgliederinformation des CDU Kreisverbandes Aachen

Anschrift: Martinstraße 8
52062 Aachen

Telefon: 0241 / 470 7110

Fax: 0241 / 470 7115

E-Mail: redaktion@cdu-aachen.de

Internet: www.cdu-aachen.de

Layout: Stefan Dussin

V. i. S. d. P.: Ulla Thönnissen MdL

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Bankverbindung der CDU Aachen:

Sparkasse Aachen

IBAN: DE21 3905 0000 0000 1241 72

BIC: AACSD33XXX